

Wittorfer Initiative guckt Dea beim Rückbau der Verpressanlage auf die Finger „**Transparenz sieht anders aus**“

Aktualisiert: 21.03.19 17:01



Die WUG-Mitglieder wollen auch in Zukunft über die Verpressanlage in Grapenmühlen informiert werden. Foto: Leeske

Wittorf - Von Henning Leeske Und Jens Wieters. Die Ankündigung des Erdgaskonzerns Dea, die Versenkbohrungsanlage für Lagerstättenwasser „Wittorf Z1“ bei Grapenmühlen zu schließen und zurückzubauen, löste bei der Initiative Wittorfer Bürger für Umwelt und Gesundheit (WUG) nicht nur Begeisterung aus. Denn zum einen sind es die großen Planen am Zaun und zum anderen will die WUG wissen, was unter der Erde mit der Bohrung geschieht.

„Zurzeit wird dort gesäubert. Aber was genau dort betrieben wird, können wir durch den Sichtschutz nicht verfolgen“, sagte Anlieger Hans-Joachim Euhus. „Außerdem setzt das Landesbergamt dabei höchstwahrscheinlich wieder auf die bekannte Selbstkontrolle der Firma, in die wir kein Vertrauen mehr haben“, so Andreas König. „Transparenz sieht anders aus“, so Gerd Richter.

Dea-Sprecher Heinz Oberlach erläutert auf Nachfrage unserer Zeitung, was es mit den weißen Plastikplanen in Richtung Bundesstraße auf sich hat: „Die dienen lediglich als Windschutz wie auf Tennisplätzen, damit die Arbeiten ungestört erledigt werden können.“

Hinter den größeren Gebäuden werde aktuell auch in einem Container gearbeitet, auf dem ebenfalls Planen montiert seien. „Die dienen der Arbeitssicherheit, weil im Container Anlagenteile mit Hochdruckgeräten gesäubert werden. Der heiße Dampf senkt sich so nicht gleich auf die Arbeiter, sondern zieht wie bei einem Schornstein durch die Aufstockung mit Planen nach oben weg“, informiert Oberlach.

Die besorgten Wittorfer Bürger wollen aber auch wissen, was mit dem verpressten Lagerstättenwasser in 20 oder 30 Jahren wird. „Darum muss dieser Zeitraum unbedingt überwacht werden. Insgesamt wurden dort 900000 Kubikmeter verpresst. Die Lkw-Schlange dafür würde bis zur ISS-Weltraumstation reichen“, verbildlichte Gerd Richter die rund 800 Kilometer lange Strecke der Lastwagen.

Das so gescholtene Landesbergamt (LBEG) stellt klar, dass die Reinigungsarbeiten, über ein Betriebsplanverfahren zugelassen seien. „Das LBEG hat die Bohrung zuletzt am 18. März befahren, um die Arbeiten zu überprüfen“, so Sprecherin Heinke Traeger. Damit die Dea die Anlage zurückbauen könne, müssten zunächst verschiedene Sonderbetriebspläne zur Genehmigung vorliegen. Darin würde auch das Thema Monitoring abgehandelt. Traeger: „Das ist noch nicht geschehen und darum wurde auch noch kein Plan zugelassen.“

„Warum beendet die Dea die Verpressung eigentlich schon jetzt? Sie dürften ja noch bis Mitte 2021 Wittorf Z1 dafür nutzen“, fragt WUG-Mitglied Richter. Dazu hatte Dea Anfang Februar verlauten lassen, dass angesichts sich verändernder rechtlicher Rahmenbedingungen die Versenkbohrung die schon bald geltenden Kriterien nicht mehr erfüllen werde. Dirk Warzecha, das für die Produktion verantwortliche Vorstandsmitglied des Unternehmens: „Darum haben wir uns entschieden, die Verbringung von Lagerstättenwasser dort bereits jetzt einzustellen.“

Die WUG hingegen vermutet einen Grund, der von dem Betreiber bewusst verheimlicht werde, weil es im Untergrund vielleicht zu einer Veränderung gekommen sei. Vollkommen unklar sei beispielsweise, wie weit sich das verpresste Lagerstättenwasser ausgebreitet habe, weil auch unklar sei, wie weit die Risse im Gestein überhaupt gehen würden. „Außerdem ist als Versenkungshorizont eine Tiefe ab 1000 Meter vorgesehen, hier wurde aber zwischen 800 und 1000 Metern versenkt, viel zu niedrig. Das könnte unser Trinkwasser in der Rotenburger Rinne gefährden“, führte König aus.

Seine Nachforschungen hätten ergeben, dass in dem verpressten Wasser ein ungeahnter Cocktail an Giftstoffen enthalten sein könnte, teils durch Ausschwemmungen oder durch prozessbedingte Zugabe. „Das Highlight in der Liste war das Polonium, womit sonst russische Agenten beseitigt werden“, so König.

Zusätzlich zum Lagerstättenwasser schlummern laut WUG in einer Tiefe ab 3000 Metern 7,5 Kubikmeter quecksilberhaltiger Sondermüll aus den Gasfeldern Söhlingen und Hemsbünde, der dringendst überwacht werden muss und das über einen sehr langen Zeitraum. „Deswegen fordern wir vehement eine Tiefenmessstation zur Überwachung“, sagte Heinz-Hermann Gerke.

Dazu LBEG-Sprecherin Traeger: „Vor 25 Jahren wurde die Bohrung teilverfüllt. Für die Verfüllung 1994 wurden auch sogenannte besondere Verfüllabschnitte in mehr als 1100 Metern zugelassen, in die Quecksilber-Rückstände aus der Erdgasförderung eingebracht wurden.“ Bis 2003 seien Abfälle aus der Erdöl- und Erdgasproduktion als Verfüllmaterial in Bohrlöcher eingebracht. Dazu zählten unter anderem Quecksilber und Asbestgranulat. „Diese Materialien durften nur in Bereiche der Bohrungen eingebracht werden, die besonders gut abgedichtet sind. Das Einbringen erfolgte zunächst als Zementzusatz, ab Anfang der 90er Jahre auch in Rohrcontainern“, informiert Traeger.

Enttäuscht zeigen sich die WUG-Mitglieder dennoch vom LBEG, weil sie schon am 13. Februar eine Auskunft über den technischen Ist-Zustand der Anlage „eingefordert haben und wir uns eine Einsicht in das langfristige Monitoring-Konzept wünschen“. Außer einer Mitteilung über einen zeitlichen Aufschub der Beantwortung hätten sie aber noch nichts vom LBEG weitere gehört, empören sich die WUG-Mitglieder.

Daher sucht die Initiative beim Visselhöveder Stadtrat Unterstützung. Die sichert Eckhard Langanke (WiV) für seine Fraktion bereits zu und will auch bei seinen Ratskollegen dafür werben.